Haushaltsrede von Oberbürgermeister Manuel Tabor
zur Einbringung des Haushalts der Stadt Achern für die Jahre 2026/ 2027

- es gilt das gesprochene Wort –

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Politik – vor allem Kommunalpolitik - beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit!“ - diesen Satz sollten wir uns vor Augen halten – die Wirklichkeit unserer Haushaltslage ist wirklich erst. Aber genau deshalb dürfen wir nicht wegsehen, sondern müssen uns weiter ehrlich machen und auch unbequeme Wahrheiten aussprechen: Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Stadt erreicht, bzw. bereits überschritten!

Wir bringen daher heute einen Haushalt ein, mit dem niemand zufrieden sein kann, der aber aus unserer Sicht noch genehmigungsfähig ist, weil er die richtigen Schwerpunkte setzt. Ein Haushalt, der viel Einschränkung abverlangt - aber dafür auch wichtige Infrastruktur unserer Stadt erhält.

Die mittlerweile dramatische Schieflage der kommunalen Haushalte ist nicht nur das Ergebnis internationaler Krisen und Konflikte. Ein Großteil ist hausgemacht - der Gesetzgeber verlagert vielmehr die Aufgabenlast beständig auf die Kommunen, ohne die damit verbundenen Kosten auch nur annähernd zu erstatteten – so erst wieder jüngst, im vergangenen Jahr mit der Reform des Wohngeldes.

Im Resultat ist allein der Sozialhaushalt des Bundes ist den vergangenen vier Jahren, jährlich um etwa 5 Prozent angewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im gleichen Zeitraum durchschnittlich nicht einmal um ein Prozent

angestiegen – diese Rechnung kann nicht lange gut gehen, wir haben ein strukturelles Problem!

Basierend auf den Jahresrechnungsergebnissen der kommunalen Haushalte haben sich die durch den Bund und das Land zu verantwortenden Sozialausgaben innerhalb der letzten 20 Jahre mehr als verdoppelt. Ein durchschnittlicher Ganztagesplatz im Kindergartenbereich wird mittlerweile mit 19.000 Euro pro Jahr und Kind subventioniert!

Dazu hohe Tarifsteigerungen, hohe Kosten der notwendigen digitalen Transformation, Krieg in Europa und anhaltende wirtschaftlicher Schwäche, bzw. der dauerhafter Verlust von Wirtschaftsleistung. Massiv steigende Kosten für Personal, Sachkosten und in vielen Pflichtbereichen, sowie hohe Umlagezahlungen im Finanzausgleich. Sehr belastet wird die Stadt beispielsweise über die massive Erhöhung der Kreisumlage in der Ortenau, veranlasst durch das hoch defizitäre Klinikum und überbordende Sozialkosten: Ordentliches Ergebnis des Kreishaushaltes 2024: – 48 Millionen mit offenen Ermächtigungsübertragungen von 14 Millionen ergibt dies ein reelles Ergebnis von – 62 Millionen Euro. Es droht eine noch höhere Kreisumlage ab 2027.

Schlechte Stimmung in der Wirtschaft: Massive Entlassungen bei Bosch, Mahle, ZF und Trumpf - anderen Konzernen der Region befinden sich in Verhandlungen mit ihrer Belegschaft. Die deutsche Wirtschaft steigt ab, die Rezession geht um.

Achern ist zudem keine reiche Stadt und verfügt historisch über eine unterdurchschnittliche Steuerkraft, derzeit liegen wir 14 Prozent unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Städte.

Grundsätzlich hat daher das Defizit der laufenden Rechnung für unsere Stadt in kürzester Zeit enorm zugenommen. Nach meinen ersten Doppelhaushalt bei der Stadt Achern vor zwei Jahren, war in den vergangenen Wochen erneut bereits die Erstellung des Haushaltsentwurfes eine große Herausforderung, Krisenbewältigung und finanzielle Zukunftsfähigkeit gleichzeitig zu meistern.

Und dies wird keine einmalige Delle im Konjunkturverlauf sein - alarmieren muss uns der Ausblick auf die weiteren Prognosen auch über 2027 hinaus. Selbst in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/ 2009 oder unter Corona waren die damals als schwierig empfundenen Rahmenbedingungen im Verhältnis einfach, da es perspektivisch zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung Grund zur Hoffnung gab – dies ist derzeit nicht der Fall.

So stehen wir vor der Herausforderung, in Zukunft überhaupt noch ausgeglichene Haushaltspläne vorlegen zu können. **Für 2026 und 2027 gelingt uns dies im ordentlichen Ergebnis - trotz größter Anstrengungen in den bisherigen Vorberatungen – bei weitem nicht! Das Defizit der laufenden Rechnung liegt für 2026 bei aktuell 6 Millionen Euro und für 2027 bei 10,3 Millionen.** Jeweils kein ausgeglichenes Ergebnis, wir leben in diesen beiden Planjahren weiter von unserer Substanz.

Es zeigt sich, dass wir an einem Punkt sind, an dem aus dem planerischen Defizit im Haushalt ein reelles Defizit wird. Nicht alles haben wir dabei selbst in der Hand, das möchte ich hier klarstellen. Ich sage das nicht, weil wir alle, Verwaltung und Gemeinderat unsere Arbeit nicht gemacht hätten – im Gegenteil:
Die Verwaltung hat bereits im Jahr 2024 eine mehrstufige Haushaltskonsolidierung eingeleitet und viele Themen abgearbeitet, Einsparungen realisiert und weitergehende Ergebnisse auf einer Klausurtagung mit dem Gemeinderat diskutiert. Stabilisierende Entscheidungen folgten bei der Gewerbesteuer, der Vergnügungssteuer, dazu bei Gebührenhaushalten und Entgelten – diese gleichen allerdings in Summe gerade einmal die Mehrbelastungen durch die höheren Umlagen im Finanzausgleich aus!

Der aktuelle Doppelhaushalt wäre ohne diese frühzeitigen Entscheidungen sicherlich nicht genehmigungsfähig. Wir legen alle Karten bewusst auf den Tisch – wer heute beschönigt, gefährdet die Handlungsfähigkeit von morgen.

Der Tarifabschluss kostet die Stadt ab dem Jahr 2026 im Vergleich zum Planjahr 2024 beispielsweise über 5 Millionen Euro zusätzlich. Einerseits brauchen wir diese starken Tariferhöhungen, um am Arbeitsmarkt noch einigermaßen wettbewerbsfähig zu bleiben, andererseits belasten die Gesamtpersonalkosten mit gut 29 Millionen Euro jährlich unseren Haushalt deutlich. Der Aufwand in der Wasserversorgung ist von 213.000 Euro im Jahr 2024 auf 304.000 Euro im Plan 2026 angestiegen – eine Steigerung um 43 Prozent. Die Kosten für Erdgas stiegen von 522.000 Euro auf knapp 700.000 Euro jährlich. Die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ist um 28 Prozent auf über 3 Millionen jährlich angestiegen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Über allgemeines Wirtschaftswachstum werden diese Mehrausgaben nicht zu kompensieren sein! Im vergangenen Jahr ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland sogar leicht zurückgegangen, die Wirtschafts schrumpft und mit ihr stagnieren die wichtigsten Einnahmequellen unserer Stadt. Dieser Trend wird sich 2026 fortsetzen.

Aber auch eigene Kostentreiber bereits abgeschlossener Projekte müssen zukünftig noch stärker Berücksichtigung finden. Vor allem die Folgekosten aus Unterhaltung und Betrieb werden im Doppelhaushalt 2026/ 2027 spürbar ansteigen. Im Kern geht es darum, konsequent das Wünschenswerte auf das wirklich noch Machbare zu beschränken. Viele Projekte sind derzeit schlichtweg nicht finanzierbar, es gilt eine Abwägung zu treffen und dazu Schwerpunkte zu setzen.

Es geht um den klaren und verantwortlichen Umgang mit dem, was uns zur Verfügung steht. Mir ist dabei bewusst, dass dieser Realitätssinn den individuellen Wünschen entgegensteht, erst recht, wenn man davon ausgehen

kann, dass dieses oder jenes Vorhaben schon längst als priorisiert oder gesetzt galt. Hier müssen wir als Gemeinderat und Verwaltung ebenso klar in der Kommunikation nach außen agieren.

Die Priorisierung im aktuellen Haushaltsentwurf 2026/ 2027 erfolgte dabei nur noch in der **Kategorie „unabweisbar“**, bedeutet: Es gibt entsprechende gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen, bzw. die Folgekosten wären höher, eine bestimmte Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht umzusetzen. Im vergangenen Doppelhaushalt konnten einzelne Prioritäten gesetzt werden, in diesem Entwurf müssen alle Bereiche Einsparbeiträge erzielen.

Sie dürften sich demnach nicht wundern, dass viele der Haushaltsanmeldungen aus den Vorberatungen unter diesen Rahmenbedingungen im aktuellen Doppelhaushalt nicht berücksichtigt werden konnten. Vielmehr wurde die Flexibilität bereits im Entwurf größtenteils aus dem Haushalt gelassen. Allgemeintöpfe von Spielplatzunterhaltung, Straßenunterhaltung, Gebäudeunterhaltung oder Winterdienst wurden gekürzt. Wenn diese Ansätze in den kommenden 24 Monaten aufgebraucht sein sollten, kann eben ein bestimmtes Spielgerät nicht mehr repariert oder gewartet werden , sondern muss ggfs. gesperrt oder abgebaut werden, das Schlagloch in der Straße muss etwas länger auf die Sanierung warten.

Wir müssen uns als Gesellschaft daher auch wieder trauen, klar zu benennen, was eben nicht geht und was die Stadt in den nächsten Jahren nicht leisten kann. Die Haushalte 2026 und 2027 sind planerisch nicht ohne Kredite darstellbar. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und gehen sorgsam mit Krediten um. Sie sind jedoch notwendig, wenn wir in den nächsten Jahren in die Zukunft investieren wollen. Die Rangfolge der Deckungsmittel nach Gemeindeordnung ist zu beachten, dies wird uns die Rechtsaufsicht sicherlich ins Pflichtenheft schreiben.

Daher müssen wir die Gebühren und Entgelte immer aktuell kalkulieren und die angestrebten Deckungsgrade permanent überwachen. Dies hat den Vorteil, dass entsprechende Veränderungen periodengerecht weitergegeben

werden können, größere Verwerfungen möglichst vermieden werden, sowie der Haushalt verlässliche Planansätze abbildet. In diesem Kontext werden in nächster Zeit die Verbrauchsgebühren für die Bereiche Wasser und Abwasser neu ermittelt. Klar ist auch, dies haben die Wirtschaftspläne der Werke deutlich gezeigt, dass wir die **Gebühren im Bereich Wasser und Abwasser** im kommenden Doppelhaushalt anheben müssen. Hohe Investitionen führen zu hohen Abschreibungen, dazu die allgemeinen Kostensteigerungen für Personal und Material. Die Stadt Achern wird sich aber auch weiterhin etwa im Landesschnitt bewegen.

Eckdaten des Ergebnishaushalts

Im Jahr 2026 betragen die Aufwendungen 97,3 Millionen Euro und die Erträge 91,3 Millionen Euro. Dies führt zu einem **negativen ordentlichen Ergebnis von 6 Millionen**. Für das Jahr 2027 werden 99,7 Millionen Euro für Aufwendungen, Erträgen in Höhe von etwa 89,4 Millionen Euro und somit einem **negativen ordentlichen Ergebnis von 10,3 Millionen Euro** eingeplant. In den Aufwendungen des Ergebnishaushalts sind bereits bauliche Unterhaltungsmaßnahmen wie folgt enthalten: Im Jahr 2026 in Höhe von 3,58 Millionen Euro und im Jahr 2027 in Höhe von 2,2 Millionen Euro. Unterm Strich können wir den Ressourcenverbrauch in den Jahren 2026 und 2027 nicht, wie eigentlich im Haushaltsrecht vorgesehen, erwirtschaften. Wir werden daher nach der Aufstellung und Verabschiedung des Doppelhaushaltes die Struktur und Ertragskraft unseres Ergebnishaushaltes weiter im Blick behalten müssen.

Finanzhaushalt

Im Jahr 2026 betragen die Investitionsausgaben 6,9 Millionen Euro. Im darauffolgenden Jahr 7,65 Millionen. In Summe werden somit Investition in Höhe von **14,55 Millionen Euro** vorgeschlagen. Unterm Strich finanzieren wir im aktuellen Entwurf zum Ergebnis- und Finanzhaushalt Bau- und Sanierungsmaßnahmen mit einem **Volumen von 20,33 Millionen Euro.**

Die Stadt wird auch weiter in die Förderung und den Erhalt des bürgerschaftlichen Engagements sowie des regen Kultur- und Vereinslebens investieren. **Vereine und das Ehrenamt** sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und brauchen gerade in schwierigen Zeiten Planungssicherheit und Verlässlichkeit, auch dieses Bekenntnis sollten wir in diesem Doppelhaushalt abbilden. Die Verwaltung wird daher die Förderung und Unterstützung vieler Anträge unserer Vereine vorschlagen. Vielmehr sehe ich es als unsere Aufgabe an, das Ehrenamt in Zukunft weiter zu stärken und mit dafür zu sorgen, dass sich das wichtige Wirken für unsere Stadt weiterentwickeln kann.

Wirtschaftsförderung ist ebenfalls zentrales Thema der kommenden Monate. Neben der weiteren Bereitstellung von Gewerbeflächen im Bereich „Bannmatten“, wird die Verwaltung beispielsweise auch beim Leerstandsmanagement in der Innenstadt neue Ansätze verfolgen und unser zentrales Märkte-Konzept fortschreiben, um zukünftig noch gezielter vorhandenen Versorgungslücken entgegenzuwirken. Achern ist eine attraktive Einkaufsstadt und das bevorzugte Ziel vieler Menschen aus dem Umland, dies muss so bleiben und dafür werden wir arbeiten.
Wir brauchen zukünftig aber auch Aufgabenkritik an unseren Leistungen und Projekten. Die Zeichen der Zeit lassen keine neuen Aufgaben ohne durchdachte und adäquate Gegenfinanzierung mehr zu. Vielmehr sollte jedem Vorschlag eine klare Finanzierung zu Grunde liegen.
Konkret: Welche Steuer, welches Entgelt werden für die Umsetzung der zusätzlichen Aufgabe erhöht, welche Gebühr neu kalkuliert oder welche bestehende Leistung fällt stattdessen ersatzlos weg. Mir ist klar, dass diese Denkweise nicht populär sein kann und verschobene Projekte weh tun – mir auch! Solide Finanzen sind allerdings die Grundlage einer jeden nachhaltigen Entwicklung.

Wir müssen gemeinsam erkennen: Dieser Haushaltsentwurf ist kein fertiges Endprodukt, sondern ein Arbeitsauftrag an uns alle. Er zeigt, wie groß die

Lücke ist – und wie konsequent wir daher handeln müssen. Hierbei stehen wir nicht allein. Nahezu alle Kommunen im Land stehen vor den gleichen Problemen wie wir – im Vergleich steht Achern sogar noch gut dar. Wir starten mit einer recht geringen Verschuldung im Kernhaushalt und mehrheitlich soliden Vorjahresergebnissen. Dennoch, laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung haben die Kommunen 2024 mit 25 Milliarden das größte Defizit ihrer Geschichte verzeichnet. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund spricht von einem beispielslosen Zustand der Kommunalfinanzen, der Präsident des Städtetages von der größten kommunalen Finanzkrise in Nachkriegsdeutschland. Der Städtetag warnt vor kollabierenden Kommunalhaushalten und bislang nicht gekannten Verschuldungsspiralen.

Das ist nicht dem Zufall oder gar flächendeckendem finanzpolitischen Versagen auf kommunaler Ebene geschuldet. Hier stehen insbesondere Bund und Land in der Verantwortung. Die kommunale Ebene soll immer mehr leisten: mehr Betreuung, mehr Bildung, mehr Digitalisierung, mehr Sicherheit – und das mit weniger Personal und finanziellen Mitteln. In den meisten Bereichen handelte es lediglich um eine Art Anschubfinanzierung, die Folgekosten tragen wir hingegen dauerhaft alleine. Daher werden wir zukünftig auch zuschussfinanzierte Maßnahmen in Frage stellen müssen.

Das geplante Sondervermögen Infrastruktur des Bundes wird zukünftig zu einer kleinen Entlastung beitragen – 15,6 Millionen stehen für die Stadt Achern in den kommenden 12 Jahren bereit – projektbezogen oder als Einmalbetrag. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dies keine Lösung der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen ist. Und wir tun daher gut daran, nicht allzu große Hoffnungen auf das Sondervermögen zu setzen. Derzeit prüfen wir mit Hochdruck, welche Maßnahmen aus dem aktuellen Haushaltsentwurf über Mittel aus dem Sondervermögen finanzierbar sind, damit die vorgesehenen Kreditaufnahmen ggfs. teilweise vermeidbar werden. Dies würde den Ergebnishaushalt von Zins- und Tilgungsleistungen entlasten. Das Ziel muss

daher gerade bei jeder Maßnahme aus dem Sondervermögen bleiben: Investitionen in nachhaltige Projekte und unter Berücksichtigung der anfallenden Folgekosten aus Abschreibung und Unterhaltung, da das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt – wie beschrieben – weiter besteht.

Der **Kreditbedarf** für den nächsten Doppelhaushalt beträgt für 2026 aktuell – ohne Nutzung des Sondervermögens - 5 Millionen Euro und für das Jahr 2027 4 Millionen Euro. Unterm Strich eine planerische Neuverschuldung von **9 Millionen Euro**, mit der klaren Zielvorgabe für den Haushaltsvollzug, diesen Rahmen nach Möglichkeit nicht auszuschöpfen. Die geplante Schuldenaufnahme würde zu einer immer größeren Zins- und Tilgungslast führen, die eine weitere Abwärtsspirale zur Folge hätte. Es ist und bleibt damit herausfordernd, mit den verfügbaren Mitteln die öffentlichen Aufgaben überhaupt erfüllen zu können. Bislang müssen wir keine öffentlichen Leistungen streichen, keine Infrastruktur aufgeben, aber das bleibt kein Selbstläufer.

Fazit: Unsere Stadt steht trotz aller bisherigen Bemühungen nach wie vor großen Herausforderungen und wir müssen weiter hart arbeiten, um dieser Situation gerecht zu werden. Wir sollten klar priorisieren: wünschenswertes und notwendiges strikt trennen. Unser gemeinsames Ziel muss es vielmehr sein, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erarbeiten und die planerische Neuverschuldung auch über das Sondervermögen zu minieren!

Meine Damen, meine Herren, in einer Zeit, in der auf übergeordneten politischen Ebenen offen über Strukturveränderungen von der Abschaffung der Landkreise, der Regierungspräsidien oder der Regionalverbände bis hin zu einer neuen Gemeindereform geredet wird. Eine Zeit, in der viele Nachbarstädte und Gemeinden über die Reduktion der öffentlichen Liegenschaften bis hin zur Zusammenlegung von Ortsverwaltungen diskutieren, ist es bereits sehr positiv, dass wir diese Diskussionen aktuell nicht führen müssen! Wenn wir unter den aktuellen finanziellen

Rahmenbedingungen unsere vorhandene Infrastruktur erhalten können, ist dies ist dies bereits ein deutlicher Erfolg!

Alle Kommunen werden in den kommenden Jahren Ausgaben begrenzen, Einnahmen erhöhen, freiwillige Leistungen hinterfragen und mehr Eigenleistung der Bevölkerung einfordern müssen – alle Kräfte der Gesellschaft werden gefordert.

Entscheidend bei all dem sind allerdings Sie, Sie alle - der Gemeinderat. Wir müssen Leitplanken setzen und den Kurs für die weitere finanzielle Entwicklung in den kommenden Wochen bestimmen. Herzlichen Dank bereits heute, Ihnen allen und den Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsgremien für die bisherigen konstruktiven Vorberatungen und die gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Ich danke selbstverständlich auch der Kämmerei, allen voran unserem Fachbereichsleiter Rolf Schmiederer, Frank Föll und Andreas Pfaue, Matthias Heußer und Ralf Volz von den Stadtwerken, sowie Bürgermeister Andreas Kollefrath und allen Beteiligten für ihren Einsatz, damit wir diesen Entwurf erstellen konnten.

Ich freue mich auf intensive Beratungen und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam, einen von einer breiten Mehrheit getragenen, genehmigungsfähigen Haushalt zusammenstellen, der das Notwendige mit dem finanziell Machbaren zusammenbringt.

Das wünsche ich mir jedenfalls für die anstehenden Sitzungen und denken Sie, in dieser deprimierenden und frustrierenden Gemengelage auch and den von mir persönlich gern zitierten Manfred Rommel, der dazu feststellte: „Optimismus ist die Pflicht des Staatsmannes“ - vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit